



Obama fordert Wiederaufnahme von Dialogbemühungen

Das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Barack Obama und Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao ist am 17. November mit einer gemeinsamen Presseerklärung zu Ende gegangen, in der auch auf die Tibetfrage Bezug genommen wird. Präsident Obama äußerte sich darin wie folgt: „Ich habe mit Präsident Hu über die feste Überzeugung Amerikas gesprochen, dass alle Männer und Frauen über gewisse fundamentale Menschenrechte verfügen. Wir glauben nicht, dass diese Prinzipien einzigartig für Amerika sind, sondern dass diese universell gültige Rechte sind und dass sie allen Völkern, allen ethnischen und religiösen Minderheiten zur Verfügung stehen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Tibet ein Teil der Volksrepublik China ist und die Vereinigten Staaten die baldige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der chinesischen Regierung und den Repräsentanten des Dalai Lama befürworten, um damit Sorgen und Differenzen aufzulösen, die die beiden Seiten haben mögen.“ In einem Medienbriefing unmittelbar nach der Erklärung betonte Jeff Bader, Asiendirektor im Weißen Haus, dass Präsident Obama in seinen Gesprächen mit Hu Jintao sowohl die Bedeutung von Religionsfreiheit und Minderheitenrechten, als auch die baldige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Gesandten des Dalai Lama und der chinesischen Staatsführung mit Nachdruck angesprochen habe. Obama habe gegenüber Hu Jintao überdies, so Bader, seinen Respekt für den Dalai Lama zum Ausdruck gebracht und unterstrichen, dass er ihn zu einem „angemessenen Zeitpunkt“ treffen werde.

Bemerkenswert an der Aussage Obamas dürfte sein, dass der US-Präsident nicht allein die Wiederaufnahme der sino-tibetischen Gespräche anmahnte, sondern auch dass mit diesen „Sorgen und Differenzen aufgelöst“ werden sollen. Deutlich wird dadurch, dass Obama offenbar einen ergebnisorientierten Dialog zwischen den beiden Seiten eingefordert hat. Offen ist, ob der US-Präsident mit Blick auf den sino-tibetischen Dialog weitergehende Vorschläge, wie etwa die der International Campaign for Tibet, gegenüber Hu Jintao vorgebracht hat. ICT hatte Obama in einem offenen Brief zuvor gebeten, die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei den Dialogbemühungen anzubieten und für eine Reise des Dalai Lama nach China einzutreten.

Obama ging ferner mit seinem Hinweis auf ein mögliches Treffen mit dem Dalai Lama auf die im Oktober entstandene Besorgnis ein, er wolle die Tibetfrage anderen außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten „opfern“. Obama hatte sich seinerzeit erst zu einem Treffen mit dem Dalai Lama nach seiner Chi-

na-Reise bereiterklärt.

Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua titelte am 17. November mit der Erklärung Obamas, Tibet sei ein Teil der Volksrepublik China, erwähnte allerdings ebenfalls die Mahnung des US-Präsidenten, die sino-tibetischen Gespräche wiederaufzunehmen. Der Feststellung „Tibet ist ein Teil der Volksrepublik China“ ist keine Neuformulierung von Positionen der US-Außenpolitik, sondern wiederholt lediglich die auch von den Vereinigten Staaten verfolgte „Ein-China-Politik“. Einem Bericht der „South China Morning Post“ vom 6. November zufolge hatte die chinesische Führung von Obama gefordert, er möge anerkennen, dass „Tibet ein Teil chinesischen Territoriums“ sei und damit dieser Frage nochmals zusätzliche Bedeutung beigemessen. Deutlich wird damit die offenbar konzentrierte Strategie der chinesischen Regierung, bei der Tibetfrage in die außenpolitische Offensive gehen und vor allem gegenüber westlichen Ländern Handlungs- und Rechtfertigungsdruck erzeugen zu wollen. Zuletzt hatten mehrere westliche Staaten offenbar nach Druck aus Peking ähnliche Erklärungen abgegeben, die nichts weiter als die Wiederholung bestehender Positionen beinhalteten. Anders als andere Staaten, wie zuletzt Dänemark, nimmt Obama in seinem Statement jedoch Bezug auf die „Volksrepublik China“ und umgeht damit die hoch umstrittene Frage, ob Tibet schon vor 1949, der Gründung der Volksrepublik China, ein Teil „Chinas“ gewesen sei. Präsident Obama hat durch das „Non-Meeting“ mit dem Dalai Lama im Oktober 2009 hohe Erwartungen an eine substantiierte Tibet- und Chinapolitik geweckt. Zu hoffen ist, dass das Handeln der US-Regierung auf eine nachhaltige Veränderung der Lage in Tibet angelegt ist und diese mit Nachdruck und kontinuierlich verfolgt wird. Die Äußerungen Obamas beim Gipfel in Peking dürfen dabei nur die Spitze des Eisbergs sein. Zu hoffen ist ebenfalls, dass andere Staaten die Forderung nach Fortsetzung der Dialogbemühungen auf die Tagesordnung ihrer Gespräche mit Peking setzen. ■

INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET
Deutschland e.V.

ICT Deutschland

Schönhauser Allee 163

10435 Berlin

Tel.: +49[0]30 2787 9086

Fax: +49[0]30 2787 9087

info@savetibet.de

www.savetibet.de

04/09

IN DIESER AUSGABE

SEITE 1	Obama fordert Wiederaufnahme von Dialogbemühungen
SEITE 2	EU verurteilt Hinrichtungen in Tibet Anhaltende Abschottung Xinjiangs
SEITE 3	Indien fürchtet Chinas Dominanz Parlamentarierkonferenz zu Tibet
SEITE 4	Chinas Zivilgesellschaft - Nicht „harmonisch“ genug?



EU verurteilt Hinrichtungen in Tibet - Anhaltende Abschottung von Xinjiang

Hinrichtungen in Lhasa

Zwei Tibeter sind nach offiziell bestätigten Berichten am 20. Oktober 2009 in Lhasa hingerichtet worden. Bei den beiden Männern handelt es sich um Lobsang Gyaltzen und Loyak, die im April 2009 vom „Mittleren Volksgericht“ in Lhasa wegen mutmaßlicher Beteiligung an den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Lhasa am 14. März 2008 zum Tode verurteilt worden sind. Angeblich hatten sie Geschäfte von Han-Chinesen in Brand gesetzt. Dabei sollen mehrere Menschen ihr Leben verloren haben. Es waren dies die ersten vollstreckten Todesurteile für die Beteiligung an den überwiegend friedlichen Protesten in Tibet im vergangenen Frühjahr, wenn man von mehreren Fällen von Tod nach Folter in Haft absieht. Derzeit sitzen noch weitere Tibeter in chinesischen Gefängnissen, die wegen der gleichen Tatvorwürfe ebenfalls zum Tode verurteilt worden sind. Ihr weiteres Schicksal muss mit großer Sorge betrachtet werden.

Besonders problematisch wird die Todesstrafe in China dadurch, dass die Strafjustiz massiv von der Politik beeinflusst wird. In Verfahren mit politischem Hintergrund werden den Angeklagten die ihnen zustehenden Rechte meist vorenthalten. Die International Campaign for Tibet hatte deshalb schon nach Bekanntwerden der Urteile verlangt, die Fälle erneut aufzunehmen, dieses Mal allerdings unter Einhaltung der international geltenden Mindeststandards für faire Gerichtsverfahren, wie der freien Wahl eines Rechtsbeistands. Ebenfalls zu kritisieren ist die Atmosphäre von Heimlichkeit, von der alle derartigen Prozesse in der Volksrepublik China gekennzeichnet sind.

Die ICT hat begrüßt, dass inzwischen auch die Europäische Union öffentlich die Hinrichtungen verurteilt. In einer Erklärung der Ratspräsidentschaft vom 29. Oktober kritisiert die EU die internationalen Mindeststandards nicht genügenden Gerichtsverfahren. China wird darüber hinaus aufgefordert, alle im Zusammenhang mit den Protesten in Tibet vom März 2008 verhängten Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln und bis zu einer vollständigen Abschaffung der Todesstrafe ein Hinrichtungsmoratorium zu erlassen. China hat diese Erklärung scharf zurückgewiesen. ■

Weiterführender Link:

- http://www.savetibet.de/fileadmin/user_upload/content/Menschenrechte/Erklaerung_des_Rates_Hinrichtungen_in_Lhasa.pdf

„Harmonie“ ohne Zeugen

Auch fünf Monate nach den Unruhen in Urumqi und weiteren Orten in Xinjiang (Ost-Turkestan) ist die Region immer noch weitgehend „offline“. Die chinesischen Behörden haben einen Großteil der Telekommunikations-Infrastruktur lahmgelegt, nicht nur das Internet ist gesperrt, selbst Telefonate sind oft unmöglich. Inzwischen haben zahlreiche Firmen ihre Geschäfte in Xinjiang einstellen müssen und sind in die Nachbarprovinz Gansu umgezogen, wo das Internet ohne Probleme funktioniert. Die von Peking so gerne beschworene „Harmonie“ zwischen der Mehrheit der Han-Chinesen und den offiziell 55 „Minderheitenvölkern“ muss sich also einstweilen ohne Zeugen von außen entfalten. Was derzeit tatsächlich in der Region vor sich geht, entzieht sich jeglicher unabhängigen Überprüfung – ganz ähnlich wie in Tibet.

Wie schon 2008 angesichts der blutig niedergeschlagenen Proteste in Tibet zeigte sich die Weltöffentlichkeit überrascht vom Ausbruch der Gewalt Anfang Juli in Xinjiang, der auch eine offenbar große Anzahl Han-chinesischer Zivilisten zum Opfer fiel. Seit Anfang Juli sollen nach offiziellen chinesischen Angaben insgesamt 197 Todesopfern und mindestens 1.700 Verletzten zu verzeichnen gewesen sein. Aufgrund der rigorosen Medienzensur in China ist es unmöglich, die Zahlen unabhängig zu überprüfen. Die Erfahrungen mit der chinesischen Informationspolitik zu Tibet im Jahr 2008 legen jedoch die Vermutung nahe, dass die offiziellen Zahlen manipuliert sein könnten.

Deutlich wird, dass den Ereignissen in Xinjiang eine tatsächliche Diskriminierung der Uiguren zugrunde liegt: Tägliche Drangsalierung durch die staatlichen Behörden, Tausende politische Gefangene, Gehirnwäsche im Rahmen der „Patriotischen Erziehung“, der Zwang, die eigene religiöse oder nationale Identität zu verleugnen, während gleichzeitig das tatsächlich stattfindende Wachstum überwiegend den Han-chinesischen Zuwanderern vorbehalten bleibt. Die Parallelen zu Tibet sind unverkennbar. ■

Weiterführender Link:

- <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2009%2F11%2F11%2Fa0091&cHash=0aea284412>



Indien fürchtet Chinas Dominanzstreben - 5. Welt-Parlamentarierkonferenz zu Tibet in Rom

Zankapfel Tibet. Aufrüstung im Himalaja

Tawang war der erste Ort, den der Dalai Lama 1959 auf seiner Flucht aus Tibet erreichte, Tawang ist auch der Sitz des größten buddhistischen Klosters in Indien. Mehrere Male hat der Dalai Lama das Kloster im nordostindischen Arunachal Pradesh in den vergangenen Jahrzehnten besucht. Als für diesen Herbst ein erneuter Besuch angekündigt wurde, protestierte die chinesische Regierung lautstark und verlangte von Delhi, die Reise zu untersagen. Hintergrund sind Chinas Ansprüche auf Arunachal Pradesh. Diese werden damit begründet, dass die Region bis 1914 zu Tibet gehörte und die Simla-Konvention, die das Land der britischen Kolonie Indien zuschlug ein ungültiger einseitiger Akt der imperialistischen Großmacht gewesen sei. Indien wies die chinesische Einmischung entschieden zurück. Doch zu sehr wollte man Peking offenbar nicht reizen – der internationalen Presse wurde es untersagt, den Dalai Lama auf seiner Reise zu begleiten. Dass der Dalai Lama und mit ihm Zehntausende Tibeter in Indien Zuflucht gefunden haben, ist China seit langem ein Dorn im Auge.

China und Indien haben viel miteinander gemein. Die bevölkerungsreichsten Länder der Erde sind Erben jahrtausendealter Hochkulturen, nach langen Phasen der kolonialen Bevormundung durch die europäischen Großmächte befinden sie sich auf dem Weg in die erste Reihe der internationalen Politik. Beide Staaten treten inzwischen auch als Rivalen im Kampf um wichtige Rohstoffreserven auf. Seit dem für Indien desaströsen Krieg von 1962 hält China das zum früheren Fürstentum Kaschmir gehörende Hochplateau Aksai Chin besetzt. Nach Jahren relativer Ruhe hat sich das Klima zwischen Delhi und Peking zuletzt deutlich verschlechtert. Nicht wenige Beobachter warnen bereits vor einem möglichen militärischen Schlagabtausch.

Aus indischer Sicht besonders bedrohlich ist der beschleunigte Ausbau der chinesischen Hochseeflotte, die inzwischen mehrere Stützpunkte in Indiens Nachbarländern unterhält. Die indische Marine sieht sich gezwungen, ebenfalls aufzurüsten¹. Und in Arunachal Pradesh kam es in diesem Jahr zu wiederholten Grenzübertritten chinesischer Truppen. Indien reagierte mit der Verlegung zusätzlicher Truppen und Flugzeuge an die Himalajagrenze². Und Peking macht auch politisch Druck: So versuchte China einen Milliardenkredit der Asiatischen Entwicklungsbank für Indien zu verhindern, weil dieser auch für Projekte in Arunachal Pradesh verwendet werden sollte. ■

Weiterführende Links:

- ¹ <http://www.reuters.com/article/latestCrisis/idUS-DEL426958>
- ² <http://www.forceindia.net/coverstory1.aspx>

5. Welt-Parlamentarierkonferenz zu Tibet in Rom

Am 18. und 19. November fand zum fünften Mal fand die Weltparlamentarierkonferenz zu Tibet statt, diesmal in Rom, mit einer Abschlusserklärung zu Ende ging, der „Rome Declaration“. Die Erklärung versichert das tibetische Volk der Solidarität der Parlamentarier, unterstützt die Politik des „Mittleren Weges“ einer friedlichen Lösung der Tibet-Frage auf der Grundlage von bilateralen Verhandlungen, und beschließt den Aufbau eines internationalen Parlamentarier-Netzwerks mit ständigem Sekretariat. In enger Abstimmung mit dem tibetischen Exilparlament in Dharamsala, Indien, soll so die Koordinierung der Arbeit der Tibet-Gruppen in den verschiedenen Parlamenten erleichtert werden.

Die Parlamentarierkonferenz findet in der Regel alle vier Jahre statt. In Rom nahmen mehr als 200 Parlamentarier aus 28 Ländern daran teil. Die Konferenz fand im italienischen Parlament statt, dessen Präsident Gianfranco Fini dem ebenfalls anwesenden Dalai Lama seine Solidarität und seine Nähe zum tibetischen Volk aussprach. Ausrichter war die interfraktionelle Tibet-Gruppe im italienischen Parlament, Co-Organisatoren waren das tibetische Parlament im Exil und die International Campaign for Tibet. ■

Weiterführender Link:

- Der englische Text der Abschlusserklärung von Rom findet sich auf der Internetseite der International Campaign for Tibet unter: <http://www.savetibet.de/schlagzeilenpresse/schlagzeilen/aktuelles2009/25-11-20090000/>

HINWEIS

Neuer ICT-Flüchtlingsbericht. Unter dem Titel „Dangerous Crossing“ hat die International Campaign for Tibet einen aktuellen Überblick über die zunehmend prekäre Lage der tibetischen Flüchtlinge in Nepal erstellt. Der Bericht kann über die Berliner Geschäftsstelle bezogen oder als pdf-Dokument heruntergeladen werden. http://www.savetibet.de/fileadmin/user_upload/content/berichte/Final_Refugee_Report_09.pdf. ■



Nicht „harmonisch“ genug? - China rupft das zarte Pflänzchen Zivilgesellschaft

Olympia bietet die große Chance auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in China, hatte es geheißenen. Weil die Augen der Welt auf China gerichtet seien, würde sich die Führung der Kommunistischen Partei bemühen, ein gutes Bild abzugeben. So lautete ein zentrales Argument für die Vergabe der 29. Olympischen Spiele nach Peking. Selbst nach der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste in Tibet im Frühjahr 2008 wollte es nicht verstummen. Befördert wurde dieses Wunschdenken nicht zuletzt von Chinas Versprechungen. Liu Jinping, damals stellvertretender Bürgermeister Pekings, kündigte im Jahre 2001 an, die Spiele würden zu einer „gerechteren, harmonischeren und demokratischeren Gesellschaft“ führen. Doch wie der im Londoner Exil lebende Autor Ma Jian knapp zwei Monate vor Beginn der Olympiade im britischen „Guardian“ schrieb: „Wenn überhaupt, dann ist China heute weniger demokratisch als 2001.“ Abweichende Meinungen würden im Keim erstickt, die Medien dazu angehalten, ausschließlich über die „positiven“ Seiten einer Geschichte zu berichten. „Die Flamme ist endgültig erloschen“ bilanzierte im August 2009 „Reporter ohne Grenzen“, die „Flamme“ Repressionen gegen Blogger, Menschenrechtsaktivisten und kritische Bürger in China hätten wie auch Online-Zensur wieder zugenommen.

Tatsächlich mehren sich die Anzeichen, dass die chinesische Führung keineswegs gewillt ist, dem zarten Pflänzchen Zivilgesellschaft gärtnerische Unterstützung angedeihen zu lassen. Im Gegenteil: Mitte Juli schlossen die staatlichen Behörden das Büro der unabhängigen Organisation „Gongmeng“ („Initiative Offene Verfassung“) und verhafteten einen der Gründer von „Gongmeng“, den bekannten Pekinger Menschenrechtsanwalt Xu Zhiyong sowie eine enge Mitarbeiterin. Inzwischen befinden sich beide wieder auf freiem Fuß, doch bleibt offen, ob es zu einem Prozess kommen wird.

„Gongmeng“ stand für den Versuch, sich innerhalb des chinesischen politischen Systems für eine allmähliche Reform der Gesellschaft einzusetzen. „Gongmeng“-Rechtsanwälte hatten sich für die Opfer staatlicher Willkür eingesetzt, gegen die allgegenwärtige Korruption angekämpft und Behörden daran gehindert, Skandale einfach unter den Teppich zu kehren. Sie boten öffentlich an, die rechtliche Vertretung tibetischer Mönche zu übernehmen, die in politisch motivierten Verfahren angeklagt waren. Zur Schließung des Instituts kam es, nachdem im Mai 2009 die Forschungsabteilung von „Gongmeng“ eine Studie

zu den Ursachen der Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 ins Internet stellte. Ergebnis: nicht die „Dalai-Clique“ sondern die staatliche Politik gegenüber den Tibetern sei die Ursache für die Proteste in Tibet gewesen. Ob „Gongmeng“ wieder eröffnet werden kann, bleibt abzuwarten. Ebenso unklar ist, ob die etwa 50 Menschen- und Bürgerrechtsanwälte, deren Lizenzen im Mai nicht verlängert worden waren, diese wieder zurückerhalten können.

Offenbar versuchen die Behörden mit der Verweigerung der Anwaltslizenzen die Ansätze von organisierter Zivilgesellschaft abzuschneiden. Wie bei „Gongmeng“ sind es häufig Rechtsanwälte, die versuchen, den Wandel in China voranzutreiben, indem sie vor Gericht die Einhaltung der geltenden Gesetze einklagen. Sie stehen damit nicht in Totalopposition zum System, im Gegenteil, sie versuchen, es beim Wort zu nehmen. Und das macht sie in den Augen der Kommunistischen Partei so gefährlich. In jüngster Zeit scheint eine neue Taktik hinzugekommen zu sein. Augenblicklich versuchen mehrere prominente Bürgerrechts-Aktivistinnen vergeblich, nach Auslandsaufenthalt nach China zurückzukehren. Zum Teil mehrfach wurden sie beim Versuch der Wiedereinreise gestoppt und wieder zurückgeschickt. Feng Zhenghu, ein Schriftsteller und Online-Publizist aus Peking, lebt inzwischen seit vier Wochen in bester Hollywood-Manier auf dem Flughafen von Tokio. Er will solange nicht von dort weichen, bis er die Erlaubnis erhält, in seine Heimat zurückzukehren und seine Art von Rechtsstaatsdialog wiederaufzunehmen. ■

Weiterführende Links:

- <http://www.rfa.org/english/news/china/rights-10262009230412.html>
- <http://www.guardian.co.uk/world/2009/nov/13/chinese-activist-japan-airport>
- <http://www.rfa.org/english/news/china/banned-11042009150704.html>

TIBET BRIEFING

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. [ICT]
3. Dezember 2009. International Campaign for Tibet Deutschland;
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.
Redaktion: Kai Müller [V.i.S.d.P.]
© ICT. Gestaltung: Hiltrud Thöne.